

**Persönliche Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Bundestags
zur 2. und 3. Lesung des Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetzes (WFStG)
(Bundestagsdrucksache 17/1544)**

Unterstützung für Griechenland – Beteiligung der Finanzjongleure

Diese Erklärung entsteht wenige Minuten nach den Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Westerwelle am 6. Mai 2010 in den ARD-Spätnachrichten. Ich war zutiefst erschrocken, mit welcher Kaltschnäuzigkeit sich Westerwelle gegen unseren Staat stellt.

Auf die Frage, warum sich die FDP-Bundestagsfraktion selbst der vorsichtigen Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach einer „Prüfung der Finanztransaktionssteuer“ im Zusammenhang mit der Unterstützung Griechenlands verweigert habe – die scheinheilige Antwort, die Finanztransaktionssteuer würde die kleinen Sparer belasten, die Rietersparer etc., und das wolle die FDP natürlich nicht zulassen. Kein Wort zu den Händlern am Finanzmarkt, die mehrere tausend Geschäfte am Tag abwickeln, Kurse rauf und runter treiben, gegen Staaten und Währungen wetten und spekulieren und so die Ersparnisse des Kleinsparers bzw. der Kleinsparerin entweder direkt oder über eine steuerliche Beteiligung zur Überwindung der so erzeugten Krisen indirekt vernichten. Die Antwort folgte dem Motto „Ich fürchte, der Kompromiss wird scheitern – und wenn ich selber dafür Sorge tragen muss.“

Auf die Frage nach den dramatischen Ergebnissen der Steuerschätzung – bis zum Jahr 2014 werden gesamtstaatlich über 50 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen erwartet als bisher geplant – der magere, eindimensionale Hinweis, der Staat würde doch mehr einnehmen als in der Vergangenheit, und deshalb könnten die Steuern auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung gesenkt werden. Selbst der Hinweis der Moderatorin auf die Schuldenbremse und die riesige neue Staatverschuldung im schwarz-gelben Haushalt im Jahr 2010 konnte die vier Grundrechenarten bei Westerwelle nicht aktivieren.

Nach den Steuergeschenken an Hotels in Höhe von etwa einer Milliarde Euro und Steuererleichterungen für Konzerne und reiche Erben sind dies zwei weitere Belege dafür, wie zielstrebig die FDP unseren Staat ruiniert und die CDU/CSU unfähig ist, diesen Prozess zu stoppen.

So erklärt sich auch die heutige Abstimmungssituation zur Hilfe für Griechenland im Bundestag, in die uns eine zerstrittene CDU/CSU/FDP unter einer zögerlichen Kanzlerin gebracht hat.

Nachdem der mögliche Kompromiss mit der SPD-Fraktion, der neben der Hilfe für Griechenland auch(!) die Verursacher der Finanzkrisen in der Welt und die Verstärker der Finanzkrise in Griechenland in die Verantwortung nehmen wollte, der Kompromissunfähigkeit der schwarz-gelben Koalition absichtsvoll zum Opfer gefallen ist, bleiben fast nur noch zwei Alternativen:

Dramatisch schlechtes Gesetz oder Ablehnung der Hilfe.

Ich will aber Griechenland helfen und einem guten Gesetz zustimmen. Es bleibt die Aufgabe, den nicht zu beziffernden finanziellen Schaden für Deutschland zu beheben, der durch das Zögern und den Zick-Zack-Kurs von Kanzlerin Merkel und des Finanzministers Schäuble durch voreilige und falsche Äußerungen über die deutsche Hilfsbereitschaft entstanden ist. Außerdem enthält das Gesetz unkalkulierbare Risiken durch den Zinsausgleichsmechanismus.

Nachdem die SPD-Fraktion mit Blick auf die „plötzlich“ besonders schwierige und eilige internationale Aufgabe auf „Fristenrede“ verzichtet und damit der schwarz-gelben Koalition ein verkürztes Gesetzgebungsverfahren ermöglicht hat, führt diese Großzügigkeit bzw. unser

Kooperationsverständnis nun dazu, dass die SPD Fraktion aus Fristgründen heute kein eigenes Gesetz einbringen kann. Soviel zur Fairness.

Nun zu den Hintergründen, die in dieser Situation zu meiner Stimmenthaltung wider Willen führen:

Wenn wir den einfachen Weg gingen und Hilfe für Griechenland ablehnten und alles ginge in Europa und Deutschland ohne Probleme weiter wie gewohnt, wäre unsere harte Haltung anscheinend eine gute Lösung. Das haben Kanzlerin Merkel und Bildzeitung immerhin eine ganze Weile öffentlich propagiert.

Damit würde Griechenland aus der Eurozone gedrängt. Rückkehr zur Drachme – das klingt doch verlockend. Griechenland könnte über eine Abwertung seiner Währung die Preise der eigenen Produkte senken und ihre Absatzchancen verbessern, die heimische Wirtschaft könnte sich langsam erholen, die Griechen würden wieder mehr eigene Produkte kaufen, man könnte kleine Pflänzchen in der Industrielandschaft pflegen, den Export stärken etc. etc.

Für Deutschland wäre das natürlich eine schlechte Lösung, denn wir leben sehr stark vom Export nach Europa, auch in den Süden. Und wenn wir glaubten, diese Therapie sei gut für Griechenland, dann würde dies ja auch andere Länder gelten... und unser EU-Handel käme unter starken Druck – zum Nachteil der anderen Länder und zum Nachteil Deutschlands. Die deutsche Wirtschaft profitiert also von einer stabilen Nachfrage aus Griechenland, aus ganz Südeuropa. Vielleicht ist das auch einer der Gründe, warum die Kanzlerin inzwischen eine andere Meinung vertritt.

Oft lese ich zwar: "Es müssten in Griechenland Investitionsanreize geschaffen werden statt den Konsum zu reduzieren." Die derzeitige Entwicklung – vorangetrieben von den Verhandlungen (eigentlich: dem Spardiktat) des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der EU-Kommission mit Griechenland – weist allerdings in eine andere, gefährliche Richtung: die Löhne in Griechenland geraten unter Druck, Stellen im Öffentlichen Dienst sollen abgebaut werden (müssen sie auch, aber mit Blick auf die Konsequenzen), Renten sollen sinken, die Mehrwertsteuer wird angehoben, den öffentlichen Haushalten wird die Luft abgeschnürt, und das 13. und 14. Monatsgehalt soll abgeschafft werden. Alles dämpft die Binnennachfrage in Griechenland und unseren Export.

Außerdem frage ich mich, welche Regierung eine solche von Europa und dem IWF verordnete Rosskur überhaupt überleben kann. Die Regierung in Griechenland hat ein strukturelles und finanzielles Desaster von der Vorgängerregierung übernommen, und nun geriet Griechenland durch Aktivitäten am Weltfinanzplatz zusätzlich in existenzielle Probleme. Deshalb betrachte ich die gegenwärtige Entwicklung auch mit Sorge um die politische Stabilität im Land, um den sozialen Frieden und die wirtschaftliche Lage.

In einer solchen Lage sind Proteste der Betroffenen verständlich. Die Demonstranten wollen erreichen, dass das so geschnürte Paket von Maßnahmen neu gepackt werden soll. Dafür gibt es einige Ansatzpunkte. Denn in einer fast industriefreien Landschaft mit monostruktureller Konzentration auf den Tourismus wird das mit den Investitionsanreizen kurzfristig schwierig – wäre aber not(!)wendig. Und möglich, wenn man die Einnahmeseite des griechischen Haushalts in den Blick nimmt: Menschen mit großem Einkommen und Vermögen, die Oberschicht, Selbstständige zahlen praktisch keine Steuern. Während der Staat extreme Liquiditäts- und Zahlungsprobleme hat, gibt es gleichzeitig privaten Reichtum. Eine vernünftige Besteuerung von hohem Einkommen, Vermögen oder Erbschaften wäre sicher angemessen und würde die Lasten auf viele Schultern gerechter verteilen. Bei dem ganzen, stark von außen dominierten "Sparprozess", der offiziell Konsolidierung heißt, geraten auch die Arbeitnehmerrechte unter Druck, es drohen soziale Konflikte und Verteilungskämpfe. Wir sehen uns in Deutschland mit Blick auf die sinkenden Reallöhne und die steigenden Erträge aus Vermögen ähnlichen Verteilungsproblemen

gegenüber. Ich hoffe auf eine Lösung dieser Probleme in Griechenland durch Einbeziehung aller Griechen, auch der Wohlhabenden.

Die sozialen und ökonomischen Folgen für Griechenland und Europa verfolge ich hier nicht weiter, obwohl sie wichtiger sind als bloße Geldfragen...

Hier geht es aber um mehr als um eine reine Geldfrage. Es geht auch um die europäische Einigung, um wirtschaftliche Entwicklung, um unsere gemeinsame Währung und um Unterstützung, Solidarität mit anderen und soziale Gerechtigkeit, es geht um Europas Zukunft und die Zukunft seiner Währung. Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier haben diese sozialdemokratischen Wertvorstellungen in einem Beitrag für den SPIEGEL vom 4. Mai 2010 unterstrichen – leider sind viele in der Regierung offensichtlich nicht bereit, unser europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell gegen die unregulierten Finanzmärkte, gegen Spekulanten und „High Frequently-Trader“ zu verteidigen.

Zustimmen oder nicht zustimmen. Einem solchen Gesetz? Ich fühle mich durch die Politik des Versagens der Kanzlerin erpresst. Es liegt ein Gesetz vor, das praktisch nichts weiter regelt, als dies: Deutschland zahlt. Ich finde im Gesetzesentwurf unter der Überschrift: „Finanzielle Auswirkung auf die öffentlichen Haushalte“: „Es entstehen keine unmittelbaren Ausgaben. Die mittelbaren Auswirkungen sind nicht bezifferbar.“ Nicht bezifferbar – und das bei einem Gesamtfinanzierungsbedarf von 110 Milliarden Euro und einem deutschen Anteil in Höhe von 22,4 Milliarden? Wie kann ich mit gutem Gewissen einem Gesetz zustimmen, dem zu den finanziellen Folgen für den deutschen Steuerzahler nichts Besseres einfällt als „nicht bezifferbar“? Diesem Gesetz darf ich also nicht zustimmen... Aber dann bin ich der „Feind Griechenlands“, der „Totengräber des Euro“, der „Zerstörer Europas“, eine „Blamage für die Kanzlerin“ – die Regierungsfractionen haben mit solchen vorsorglichen Schuldzuweisungen enormen Druck aufgebaut, um das Gesetz durch das Parlament zu prügeln. Aber schließlich drängt ja auch die Zeit – kein Wunder, nachdem die Kanzlerin und ihr Finanzminister die Krise erst mal wieder aussitzen wollten, dann auf das Verstreichen der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hofften, schließlich den Karren mit großer Entschlossenheit und Ausdauer in völlig unterschiedliche Richtungen gezogen haben, um dem Parlament dann quasi in letzter Minute einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die eigentlichen Fragen nicht beantwortet.

Außerdem hat die Bundesregierung die Kosten für die Hilfe durch die Staatengemeinschaft leichtfertig, unverantwortlich, fahrlässig nach oben getrieben. Blicken wir zurück und ein wenig auf die Praxis: Griechenland gibt Anleihen aus; der Staat bekommt Geld, die Käufer dieser Schuldverschreibungen ein Papier, das ihnen Zins- und Tilgungszahlungen zusichert. Der Geldgeber bekommt also Zinsen und zum vereinbarten Zeitpunkt das geliehene Geld zurück. Benötigt ein Land mehr Geld (etwa um alte Schulden zu begleichen oder Investitionen zu tätigen), begibt es neue Anleihen, die aktuelle Zinslast steigt. Entscheidend für die Höhe der Zinsen, die ein Staat zu bezahlen hat, wenn er sich Geld leiht, ist die Beurteilung seiner Kreditwürdigkeit.

Als die Schwierigkeiten Griechenlands vor einiger Zeit offenkundig wurden und der Staat in Zahlungsnot geriet, kam eine folgenschwere Entwicklung in Gang: Kanzlerin Merkel ließ sich in der Bildzeitung als „eiserne Kanzlerin“ feiern: Keinen Cent für die Griechen! Das Volk jubelte: Merkel spart, alle Griechen sind korrupt und Verschwender. Diese unüberlegte, lautstarke Verweigerung jeglicher Hilfe hat der Zahlungsfähigkeit Griechenlands schwer geschadet: die Kreditwürdigkeit des griechischen Staates wurde schlechter beurteilt, er wird von Ratingagenturen heruntergestuft. Damit galt der Staat als weniger zuverlässig; es wurde für die Geldgeber riskanter, diesem Staat ihr Geld zu leihen. Sie wollten sich daher dieses Risiko wenigstens mit höheren Zinsen vergüten lassen. Die Zinsen stiegen sehr schnell und sehr stark an, das Land geriet noch stärker unter Druck, der Finanzbedarf wuchs weiter, bis Griechenland die Notbremse zog und die anderen Staaten des Euroraums um höhere Finanzhilfen bat als es zuvor notwendig gewesen wäre.

Mit ihrer „Strategie“ hat die Bundesregierung – bewusst oder unbewusst – auch Spekulanten am Finanzmarkt in die Hände gespielt, wie man mit Blick auf die sogenannten Kreditausfallversicherungen oder Credit Default Swaps (CDS) erkennt. Sie funktionieren – sehr vereinfacht gesagt – im Grundsatz wie eine Versicherung, mit der sich ihr Käufer gegen den Ausfall von Schuldern absichern kann, denen er einen Kredit gegeben oder eine Anleihe abgekauft hat. Credit Default Swaps (außerhalb der Börsen gehandelt) dienen der Weitergabe finanzieller Risiken an eine andere Person, den sogenannten Sicherungsgeber. Um mich also gegen den Zahlungsausfall Griechenlands abzusichern, schließe ich, beispielsweise als Bank, eine solche Versicherung ab. Fällt der Schuldner aus, soll die Versicherung die fehlende Rückzahlung ausgleichen. Natürlich bekommt die Versicherung im Gegenzug eine „Gebühr“.

Ein Beispiel mit fiktiven Zahlen: Ein Staat braucht 100 Millionen und begibt Staatsanleihen. Diese Anleihen werden versichert. Die Versicherung für die 100 Millionen kostet 3 Millionen Gebühr. Wenn es dem Staat allmählich schlechter geht, er ständig mehr Geld braucht, die Zuverlässigkeit seiner Rückzahlung in Zweifel gezogen wird, dann kostet die Versicherung plötzlich nicht mehr 3 Millionen, sondern 20 Millionen. Es gibt also am Markt Kreditausfallversicherungen für 100 Millionen-Anleihegeschäfte, die 3 Millionen und welche, die 20 Millionen kosten. Wer nun mit solchen Versicherungsverträgen handelt, und einen Versicherungsvertrag für 3 Millionen hat, der kann ihn zum richtigen Zeitpunkt für 20 Millionen verkaufen – an jemanden, der dringend eine Versicherung braucht... weil er frisches Geld (neue Anleihen ausgibt) braucht. Wenn Kanzlerin Merkel sich bei der Bildzeitung unterhakt und verkündet: Keinen Cent für die Griechen! schnellen die Gebühren für die Versicherung, die Credit Default Swaps (CDS), in die Höhe. Die Händler solcher Derivate reiben sich die Hände, weil der Wert der CDS steigt und freuen sich, weil sie dieses Geschäft den Äußerungen der Kanzlerin der wichtigsten Volkswirtschaft in Europa verdanken.

Es gibt allerdings auch Banken oder Hedge-Fonds, die sich freuen, wenn der Wert der CDS sinkt. Auch diese professionellen Zocker hat die Bundesregierung mit ihrer Blockade-Hinhalte-Strategie belohnt: Diese Unternehmen haben oder leihen sich ein Bündel dieser CDS. Dann verkaufen sie die CDS mit einem vertraglich vereinbarten Rückkaufdatum. Sagen wir die CDS sind 10 Millionen wert. Nun merkt die Kanzlerin plötzlich, dass es international, europäisch und für Deutschland ein schwerer Fehler war, jegliche Hilfe zu verweigern; Griechenland kann endlich mit unserer Unterstützung rechnen und gilt wieder als zuverlässiger Zahler, die Gebühren für die Kreditausfallversicherungen sinken... Zum Rückkauftag sind dann die CDS nicht mehr 10 Millionen Wert, sondern vielleicht nur noch 2 Millionen, macht für den Käufer einen satten Gewinn von 8 Millionen. Der vertraglich zuvor festgelegte Rückkauf zum Stichtag ist ein sehr lohnendes Geschäft.

Üblicherweise hat bei diesem Handel einer den Gewinn, ein anderer den Verlust. Nun werden diese Wettgeschäfte aber durch öffentliches Handeln beeinflusst: Keine Hilfe für Griechenland – Zick-Zack-Kurs – schließlich doch Hilfe für Griechenland. Und deshalb hängen öffentliche Kosten und private Gewinne stark davon ab, wer die Geschäfte und insbesondere zu welchem Zeitpunkt mit den Krediten und den Versicherungen gemacht hat. Wenn wir Pech haben, bezahlen wir sowohl den Gewinn der Bank, die auf steigende CDS gewettet hat, als auch den Gewinn desjenigen Hedge-Fonds, der auf sinkende CDS gewettet hat.

Der Schaden, den die Kanzlerin angerichtet hat, ist sicher nicht leicht zu beziffern. Ganz abgesehen von dem politischen Schaden, dass die Regierung Merkel international keine klare Linie verfolgt. Mit dieser „Wackelstrategie“, Zögerlichkeit und falschen Äußerungen, die dem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen geschuldet sind, haben Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble sehr viele Partner in Europa irritiert und die große finanzpolitische Reputation, die Peer Steinbrück aufgebaut hatte, in kurzer Zeit verspielt. Das ist nicht die politische Führung, die man sich in einer solchen Krise von einer Bundesregierung erhofft und erwartet. Und wo sind eigentlich unser Außenminister Westerwelle und sein Bundeswirtschaftsminister Brüderle...?

Kann ich die Hilfe jetzt noch ablehnen, nachdem wir, unsere Regierung, solchen Schaden angerichtet hat? Eine Zwickmühle nach der anderen. Also doch zustimmen?

Natürlich darf man nicht nur auf den Finanzmarkt schauen – wir müssen auch nach Griechenland schauen, um die Ursachen für die Krise zu analysieren: Fälschungen in der Statistik und den Finanzdaten, Korruption, systematische Klientelpolitik, schwache Bekämpfung der Steuerhinterziehung, Fehlverwendung von EU-Geldern, sehr hohe Militärausgaben und last but not least ein riesiger öffentlicher Sektor. Griechenland hat einiges getan, um seine Staatsfinanzen zu ruinieren, und es versäumt, seine strukturellen Wirtschaftsprobleme zu lösen. Deshalb sind harte Auflagen in Verbindung mit der internationalen Hilfe gerechtfertigt und notwendig.

Aber viele Griechen haben mit der Krise viel weniger zu tun als so mancher Finanzjongleur an den internationalen Finanzmärkten. Deshalb ist es ungerecht, mit diesem Gesetz und seinen Folgewirkungen die einen schwer zu belasten und die anderen zu verschonen – auch wenn dies dem neoliberalen Zeitgeist entspricht.

In meine Abwägung fließt außerdem folgendes ein: Die Kosten unserer Hilfe sind nicht bezifferbar. Tatsächlich sind aber auch die Kosten einer unterlassenen Hilfe kaum abschätzbar. Denn nicht zu helfen schadet Deutschland auch ganz direkt: Viele Bürgerinnen und Bürger haben, wie auch die Banken, griechische Papiere gekauft. Manche Bürger werden vielleicht gar nicht wissen, dass mit ihrem Geld in Rentenfonds, Lebensversicherungen oder Aktiendepots auch griechische Papiere gekauft wurden. Wenn wir nun Griechenland abstürzen lassen, gibt es in den Banken gravierende Wertberichtigungen, die Anlagen verlieren drastisch an Wert – und das gesparte Geld für die Altersvorsorge, die Ausbildung der Kinder, den sorgenfreien Lebensabend ist verloren.

Wenn Griechenland seine Schulden nicht zurückzahlen kann, trifft das auch die Spareinlagen der Bankkunden in Deutschland. Denn Banken benötigen mehr Eigenkapital, um Kredite abzusichern, die sie mit dem Geld der Sparer ausgereicht hat. Wenn aber das Eigenkapital für diese Besicherung gebraucht wird, kann die Bank weniger Kredite an die heimische Wirtschaft und an Privatpersonen vergeben. Es fehlt an Investitionen, an Konsum, an Vertrauen in die Banken – die Kreditklemme geht um.

Dass manche Banken – selbst solche, die der deutsche Staat in der Finanzkrise unterstützt oder sogar gerettet hat – sich bei der EZB „billiges“ Geld für weniger als 2 % Zinsen besorgen können und dies dann zu viel höheren Kreditzinsen weitergeben, steht auf einem anderen Blatt. Natürlich sollen die Banken Gewinne machen, um wieder selbstständig auf die Beine zu kommen; aber wenn der Staat schon hilft, privates Fehlverhalten und Versagen im Finanzmanagement zu kompensieren, um das Geld der Sparerinnen und Sparer zu schützen, dann sollten die Banken wenigstens bei der Vergabe von Krediten an die heimische Wirtschaft Maß und Ziel halten.

Es gibt noch eine schreckliche Entwicklung: Um Griechenland am Finanzmarkt zu stützen, verletzt die Europäische Zentralbank eherne Grundsätze und setzt (nur für Griechenland?) eine wichtige Regel außer Kraft: Sie akzeptiert Staatsanleihen als Sicherheit für Kredite auch dann, wenn sie kein befriedigendes Rating (also mindestens BBB-) haben. Bisher wurden nur Staatsanleihen mit einem mindestens befriedigenden Rating als Sicherheit akzeptiert.

Und nun das Schlimmste: Das Gesetz reflektiert die Krise nicht, nicht die Verursacher, nicht die Profiteure, nicht die internationalen Finanzbeziehungen, nicht die Verhältnisse in Griechenland, natürlich auch nicht die Bedeutung der Reallöhne für unseren Exportüberschuss und die fehlende Binnennachfrage. Und es gibt keine Überlegung für die Zukunft. Das „Modell Griechenland“, dieses magere Gesetz, über das hier abgestimmt wird, enthält keine Komponente der Prophylaxe. Der Finanzmarkt agiert wie bisher und kann ein Land nach dem anderen in seinen Fokus rücken.

Deshalb hat die SPD Fraktion Vorschläge eingebracht, um dieses Gesetz besser zu machen. Ein eigenes Gesetz ist leider nicht möglich, weil die ungeheuerliche Hektik der Regierung ein geordnetes Verfahren nicht erlaubt. Noch vor zwei Wochen war Schäuble sowohl im Finanzausschuss als auch im Haushaltsausschuss. Wer sich Aufklärung, Sachinformation oder gar ernsthafte Zusammenarbeit erwartet hatte, wurde enttäuscht. Der Bundesfinanzminister hat Nebel verbreitet. Er hat es bei vagen Andeutungen belassen, statt mit klarer Sicht die Probleme anzupacken. Diese Zeit fehlt uns nun. Ich unterstelle, dass CDU und FDP auch dieses Thema hinter die Wahlen in Nordrhein-Westfalen schieben wollten. Ein teurer Plan. Aber noch eine Zick-Zack-Schleife hätte wohl international noch größeren Schaden angerichtet.

Das Gerede davon, das „die Verursacher der Krise an ihrer Überwindung beteiligt werden sollen“ wird in keiner Formulierung der Regierung konkret. Im Gegenteil: die freiwillige oder angekündigte gesetzlich definierte Bankenabgabe ist ein Werbegag von Ackermann. Er kümmert sich um 2 Milliarden, alle freuen sich, sind dankbar, die Bildzeitung hat eine tolle Schlagzeile – der Schaden von einigen hundert Milliarden gerät in Vergessenheit. Und es soll doch niemand an einen plötzlichen „Anfall“ von Wohltätigkeit der Banken glauben: die freiwilligen Abgaben werden einfach auf die Preise, sprich Zinsen der Kreditnehmer oder der Einleger und Sparer abgewälzt.

Nein, unsere Überlegungen müssen auf das Verhalten von Bankern, Finanzberatern, Fondsmanagern etc. wirken; einige Produkte müssen auch verboten, die Finanzmärkte wirksam reguliert werden, damit sich so etwas nicht wiederholt. Auch wenn sich Kanzlerin und Finanzminister bisher mit eigenen Vorschlägen und Forderungen national wie international nicht leicht getan haben – wann, wenn nicht jetzt wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen?

Nachfolgend ein Ausschnitt aus unseren Forderungen, die wir national und international umsetzen wollen:

- Einführung einer Finanztransaktionssteuer
Warum geht es hierbei nicht um den einmaligen Kredit für ein Häuschen? Die Steuer hat eine Größenordnung von 0,05 Promille! Bedeutung hat die Steuer an anderer Stelle: Ein Aktienhändler kommt auf 5.000 Geschäfte pro Tag. Inzwischen ist ein sogenannter Hochfrequenz-Trader, eine Software, die 60 Millionen Kauf- und Verkaufsaufträge pro Tag erledigt, in der Entwicklung. Hier lohnt sich die Steuer schon kräftiger und steuert vielleicht sogar. (Mehr unter den Stichworten: „Cross Asset Strategie“, „Pairs-Trading“, oder „Block-Trades“ etc.)
- Einschränkung oder Verbot des CDS-Handels
- Auflegen einer Euro-Anleihe zu niedrigen Zinsen
- Prüfung der Gründung einer EU-Bank für öffentliche Anleihen, die ihre Anleihen über die EZB platziert (Vorschlag des DGB)
- Aufbau einer Europäischen Ratingagentur mit transparenten Verfahren
- Überwachung der Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse
- Einführung einer schärferen Aufsicht über alle Produkte und Anbieter durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
- Einführung strengerer Haftungsvorschriften für Vorstände und Aufsichtsräte
- Reform der Vergütungssysteme von Bankvorständen und -mitarbeitern

- Verbesserung der Beratung und des Verbraucherschutz
- ...

Das schlechte Krisenmanagement der Bundesregierung hat mich in eine Situation gebracht, in der meine Zustimmung zu einem untauglichen Gesetzentwurf erwartet wird. Gleichzeitig allerdings blockiert die Bundesregierung jegliche Zusammenarbeit auf der Grundlage guter Vorschläge zur Vermeidung künftiger Krisen.

Wir müssen Griechenland, den Griechen, helfen, weil wir in Europa eine befreundete Zukunftsgemeinschaft bilden; und wir müssen helfen, um uns zu helfen. Aber wir müssen auch die Verursacher von Krisen in die Pflicht nehmen. Diese Chance, endlich den zerstörerischen Kräften auf den internationalen Finanzmärkten Einhalt zu gebieten und sie in Verantwortung zu nehmen, vergeudet die Bundesregierung durch die Floskel, zu diesem Gesetz gebe es keine Alternative – ein schwerer Irrtum, wie der Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion zeigt.

Mit der Unfähigkeit der schwarz-gelbe Koalition zum Kompromiss und meinem Willen, Griechenland zu helfen, begründet sich meine Enthaltung zum Gesetzentwurf der CDU/CSU/FDP-Koalition.

Lothar Binding (Heidelberg)